

Volljährige steigen meist auf das Auto um

Jugendliche im Kanton Genf fahren nun gratis mit dem ÖV. In Liechtenstein können nicht nur Jugendliche von ähnlichen Angeboten profitieren.

Angélique Camenisch

In Genf fahren unter 25-Jährige seit dem 1. Januar kostenlos mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV). AHV- und IV-Bezüger müssen nur noch die Hälfte der eigentlichen Kosten für ein Billett tragen. Dies wird möglich durch kostenlose Abos, welche der Kanton zur Verfügung stellt. Ziel der Massnahme ist es, die Mittelschicht zu entlasten. Dies wirft die Frage auf, ob eine solche Massnahme auch in Liechtenstein möglich ist. Laut dem Mediensprecher von Liemobil, Sigvard Wohlwend, werden Entwicklungen in den umliegenden Ländern, somit auch die neue Massnahme in Genf, verfolgt. So kann Wohlwend festhalten: «Aus sozialpolitischer Sicht ist der ÖV in Liechtenstein ähnlich strukturiert wie derjenige in Genf.»

Hausaufgaben in Liechtenstein erledigt

Änderungen, welche dem neuen Genfer System ähneln, werden in Liechtenstein bereits ab diesem Sommer eingeführt. Denn wie Wohlwend mitteilt, können ab dem nächsten Schuljahr Schüler und Lehrlinge bis zum Abschluss kostenlose Liemobil-Abos beziehen. Doch auch nach dem Schul- oder Lehrabschluss können junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr weiter von einem Jahresabo zu einem reduzierten Preis von 280 Franken profitieren. Zusätzlich ergänzt Wohlwend, dass die meisten Ge-



Auch in Liechtenstein fahren AHV- und IV-Bezüger ermässigt.

Bild: Daniel Schwendener (8. 10. 2021)

meinden das Abo zum halben Preis zur Verfügung stellen, was schliesslich den Preis auf 140 Franken reduziert. Dies gilt ebenfalls für Personen ab 65 Jahren sowie für IV-Bezüger. So ist sich Wohlwend sicher: «Aus sozialpolitischer Sicht hat das Land Liechtenstein in Sachen ÖV seine Hausaufgaben gemacht.»

In Genf wird der Swisspass vom Kanton finanziert, ähnlich wie auch in Liechtenstein, wo die Kinder- und Jugendabos vom Land finanziert werden. Wohlwend: «Das Land stattet

Liemobil finanziell so aus, dass der Bevölkerung ein hervorragendes Angebot zu sehr günstigen Preisen zur Verfügung steht.» So sieht Liemobil aktuell keinen weiteren Handlungsbedarf bei den Tarifen.

Als verkehrspolitische Massnahme untauglich

Das Thema kostenloser öffentlicher Verkehr ist immer wieder im Gespräch in Liechtenstein – allerdings als verkehrspolitische Massnahme. So beziehen sich Befürworter nicht nur auf Jugendliche und Pensionierte,

sondern auf die ganze Bevölkerung. Im Jahr 2022 wurde letztmals über diese Massnahme im Landtag debattiert. Dabei ging es um eine Studie, die klären soll, ob kostenloser öffentlicher Verkehr das Verkehrsproblem in Liechtenstein lösen könnte. Schliesslich kam die Regierung zum Schluss, dass eine solche Massnahme zu viele Nachteile hätte und somit keine sinnvolle Lösung wäre.

Dieselbe Meinung teilt auch Liemobil, denn auch für sie ist klar, dass weitere Ermässigungen keinen Einfluss auf

den Autoverkehr haben würden. Dabei soll der Preis eines Abos, auch verbilligt durch einen Rabatt oder kostenlos, keine Rolle spielen. «Denn für den Preis eines Liemobil-Jahresabos bekommt man gerade mal einen guten Sommerreifen», wird dabei argumentiert. 370 Franken kostet ein Jahresabo zum Vollpreis. Mit den 50 Prozent, die die meisten Gemeinden zur Verfügung stellen, bleibt unter dem Strich ein Preis von 185 Franken. Weiters sollen auch die Ermässigungen für Jugendliche und

Senioren keinen Einfluss auf die Stosszeiten im Verkehr haben. Wie Wohlwend erklärt, sei dies der Fall, weil Senioren während der Hauptverkehrszeiten meist sowieso nicht mit dem Auto unterwegs wären. Jugendliche befinden sich zwar im Verkehr, sind aber durch ihr Alter und ohne Führerschein auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. «Sobald sie 18 Jahre alt sind, machen in Liechtenstein alle den Führerschein und die allermeisten dieser jungen Menschen können wir leider nur noch selten als Fahrgäste in den Liemobil-Bussen begrüssen», meint Wohlwend.

In der Deutschschweiz stehen die Chancen schlecht

Wie der «Tagesanzeiger» berichtet, sieht es bezüglich der Umsetzung einer solchen Massnahme in der Deutschschweiz weniger gut aus. Zwar war der Gratis-ÖV bereits in verschiedenen Kantonen und Städten ein Thema, denn die Juso setzte sich in den letzten Jahren ähnlich wie die Dpl dafür ein. Doch dieses Projekt wurde nicht weiterverfolgt, da es rechtliche Probleme gab. Grund dafür ist die Bundesverfassung, welche in Artikel 81a Absatz 2 vorschreibt, dass «die Kosten des öffentlichen Verkehrs zu einem angemessenen Teil durch die von den Nutzerinnen und Nutzern bezahlten Preise abdeckt», wodurch die Projekte verfassungswidrig seien.